



NEWSLETTER II/2010

NORD|SÜD *news*



Foto: © Jori Hrusa/epad/pa picture alliance

Südafrikas Fußballer kicken auch gegen ihre Bosse

Wenn Cyril Nzama auf dem Fußballplatz steht, verteidigt er meist. Für einen Abwehrspieler ist das nicht ungewöhnlich. Doch Nzama verteidigt auch außerhalb des Feldes – und zwar seine eigenen Rechte. Der 35-Jährige ist Gewerkschafter bei der südafrikanischen Fußballer-Gewerkschaft SAFPU. In den WM-Kader hat es der Ex-Nationalspieler nicht mehr geschafft. Immerhin durfte sein Team Bay United zu einem Testspiel gegen die Nationalmannschaft Südkoreas schon einmal auf dem Rasen des neuen Stadions in Port Elizabeth auflaufen.

Doch auch im WM-Fieber sind die Alltagsprobleme für Südafrikas Fußballer nicht ausgeblendet. Bay United ist pleite, Spielergehälter sind nicht gezahlt worden. Um sich zur Wehr zu setzen, brauchen die Profis ihre Gewerkschaft. Die South

African Football Player Union gibt es seit 1997. Sie ist Mitglied im Dachverband COSATU, dem südafrikanischen Pendant des DGB. Nach eigenen Angaben zählt sie 350 Mitglieder in der ersten und zweiten Liga Südafrikas. Gewerkschaftspräsident Brian Baloyi ist aktiver Torwart des Spitzenclubs Mamelodi Sundowns. Sie setzen sich für rechtmäßige Verträge, ordentliche Gehaltszahlungen und gute Arbeitsbedingungen ein. SAFPU schiebt auch Kampagnen zur HIV/Aids-Aufklärung an und startet Projekte zur Jugendförderung. Hauptaufgabe der Gewerkschaft bleibt allerdings die Auseinandersetzung mit den Club-Bossen. Denn die südafrikanischen Vereine sind anders als in Deutschland meist in Privatbesitz und dienen dem Profit des Vereins-Eigners. „Einige Clubs erkennen die Gewerkschaft nicht einmal an“, sagt Nzama.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Südafrikas Fußballer kicken auch gegen Bosse S.1

Kommentiert

- | Gewerkschaft für Fußballer? S.2

Vorgestellt

- | Nkosinathi Paul Jikeka, Gandega Biranté S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Malaysia: Beschämende Bedingungen; Asiatinnen für ILO-Konvention S.4
- | Peru: Emanzipation in der Kittelschürze S.5

Aus Projekten und Kampagnen

- | Eine Chance zum Mitspielen; 1Goal heißt ein Ziel: Bildung für alle S.6
- | Kein Vertrag mit Kolumbien; Was eine erreichen kann (SEWA/Indien) S.7

Notiert

- | Nord-Sued-Netz.de; Mahnwachen vertrieben; Simbabwe will Reform; Künftig nur gute Arbeit ... S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

Hin und wieder würden Spieler sogar mit Entlassung bedroht, wenn sie sich organisieren: „Es gibt etliche Spieler, die nicht Mitglied sind, weil sie Angst haben, dann keinen Vertrag zu bekommen“. Reisen zu Gewerkschaftstreffen sind bei den Clubs verpönt: „Jeder Fehler, denn du dann auf dem Platz machst, wird ganz genau beobachtet und kann dir zum Verhängnis werden“. Doch aufhalten lässt Nzama sich davon nicht, denn „ohne Gewerkschaft ist es noch schwieriger, mit den Bossen zu reden“. Aufgewachsen ist der stämmige Innenverteidiger in Soweto. Seine Kindheit erlebte er in Johannesburgs Mega-Township noch zu Apartheid-Zeiten als eines von fünf Geschwistern. „Es gab nicht viel, aber meine Eltern hatten Arbeit und konnten uns wenigstens versorgen“, erinnert sich Nzama. Als Jugendlicher arbeitete er als Caddie auf dem Golfplatz und trug den Reichen die Schlägertaschen. 15 Rand hat er dafür bekommen, nicht einmal 1,50 Euro. „Danach bin ich zum Platz gehstet, um zu spielen“, erzählt Nzama mit leuchtenden Augen. Er weiß, wo er herkommt und was er dem Fußball verdankt. Jahrelang spielte er bei den Kaizer Chiefs, einem der beiden beliebtesten Vereine Südafrikas, absolvierte sogar 47 Länderspiele für Südafrikas Nationalmannschaft Bafana Bafana. Zu Beginn seiner Karriere trat er auch in die Gewerkschaft ein: „Es war mir einfach wichtig, Hilfe zu haben, wenn mal was ist.“ Allein hätten die Spieler einen schweren Stand, da ihre Verträge sie meist in ihrem Recht auf öffentliche Meinungsäußerung beschneiden. Nzama würde auch jungen Spielern jederzeit zum Gewerkschaftseintritt raten: „Die Gewerkschaft ist nicht da, um mit den Clubs zu kämpfen, sondern um Probleme zu lösen“.

Seit 2008 spielt Skhokho, wie ihn Fans und Mitspieler rufen, bei Bay United in Port Elizabeth. Der Großteil seiner Mannschaftskollegen ist ebenfalls in der SAFPU organisiert. „Das ist ein Muss bei all dem Mist, der teilweise in den Vereinen passiert“, pflichtet sein Team-Kollege und Kapitän Duran Francis bei. Mit Umlilo (das Feuer), wie der Club im Volksmund heißt, wollte Nzama in der abgelaufenen Saison den direkten Wiederaufstieg in die Premier League Soccer, die höchste Spielklasse Südafrikas, schaffen. Lange sah es gut aus, doch zwei Spieltage vor Schluss erlosch die Flamme, Bay United bleibt zweitklassig. Weil kein Geld mehr da ist, will Noch-Besitzer Siphon Pityana den Club verkaufen. Wo er in der neuen Spielzeit spielt, weiß Nzama noch nicht. Er will zurück in die erste Liga. Leichte Verhandlungen werden das auch für den alten Abwehrrecken nicht. Aber Skhokho, dessen Spitzname so viel wie „Der, der's drauf hat“ heißt, fühlt sich gewappnet.

Christian Selz



Der Autor ist freier Journalist in Port Elizabeth, Südafrika.

Gewerkschaft für Fußballer?

Sind alle Profifußballer reich? Der Marktwert der WM-Spieler wird in Millionen gemessen, doch der Schein trügt! Nur rund zehn Prozent der in Deutschland tätigen Fußballprofis haben nach ihrer Karriere finanziell ausgesorgt. Viele sind sogar auf Unterstützung angewiesen.

Rund 2.500 Fußballprofis gibt es in Deutschland. Der Großteil von ihnen spielt unterhalb der Bundesliga – teilweise sogar in der Fünftklassigkeit, bei schmalen Gehältern und schlechten Arbeitsbedingungen. Eine Karriere kann schon beim nächsten Foul oder bei der nächsten Klubinsolvenz vorbei sein. Das ist nicht anders als in Südafrika. Wer darauf nicht richtig vorbereitet ist, dem droht nicht selten der soziale Absturz.

Vor diesem Hintergrund wurde 1987 die Vereinigung der Vertragsfußballspieler (VDV) unter anderem vom heutigen Ehrenpräsidenten Benno Möhlmann gegründet. Zahlreiche Bundesligaprofis schafften seinerzeit eine Art „Selbsthilfverein“ für Berufsfußballer, der sich mittlerweile zur etablierten Spielergewerkschaft mit mehr als 1.300 Mitgliedern weiterentwickelt hat. Vom Deutschen Fußball-Bund, dem Ligaverband und der Deutschen Fußball-Liga ist sie offiziell anerkannt. Aufgaben der VDV sind die Interessenvertretung der Profis sowie die Unterstützung der Mitglieder in den Bereichen Vorsorge, Recht, Bildung, Medien, Medizin, Sportpsychologie und Training. Zahlreiche Forderungen konnte die VDV bereits durchsetzen: Eine jährliche sportärztliche Pflichtuntersuchung im Lizenzbereich, den Aufbau des DFB-VDV-Versorgungswerkes sowie verbesserte Transfermöglichkeiten für vereinslose Profis. In der täglichen Arbeit prüft die Spielergewerkschaft kostenlos Arbeitsverträge, Gehaltsabrechnungen oder sport-

spezifische Versicherungsverträge ihrer Mitglieder. Bei Konflikten – ausstehende Gehaltszahlungen, willkürliche Vertragsstrafen oder auch Suspendierungen – helfen die VDV-Teambetreuer umgehend vor Ort. Vereinslose Profis können kostenlos an einem professionellen Trainingscamp teilnehmen. Für die Berufsplanung nach dem Fußball beschäftigt die VDV einen Laufbahncoach, der als Lotse und Ideengeber fungiert. Die Probleme der Profifußballer sind überall ähnlich. In Südafrika steht die Gesellschaft allerdings vor erheblich größeren sozialen Herausforderungen, nicht zuletzt durch das enorme Wohlstandsgefälle und die Verbreitung von HIV/Aids. Die WM ist auch eine



Ulf Baranowsky

Chance, arme und reiche sowie schwache und starke Menschen näher aneinander heranzuführen. Erfahrungen aus Südafrika fließen längst in die Verbandsarbeit ein: die südafrikanischen Auswahlspieler Bradley Carnell und Delron Buckley sind schon seit vielen Jahren Mitglieder der VDV. Besonders schätzen die Spieler aus anderen Nationen das Engagement der VDV für das Kinderhilfswerk UNICEF sowie für die Bekämpfung von Rassismus im Fußball und in der Gesellschaft. Konkret unterstützt die Spielergewerkschaft die Initiative „respect“ des Westdeutschen Fußball- und Leichtathletikverbandes, deren Slogan auch ein gutes Motto für die Weltmeisterschaft sein könnte: „One world. One spirit. One game“.

Ulf Baranowsky



Der Autor ist Geschäftsführer der VDV.

Weitere Informationen: www.spielergewerkschaft.de

Foto: © Christian Selz

Verteidigt Fußballer-Rechte: Abwehrspieler Cyril Nzama

**Nkosinathi Paul Jikeka**

„Freuen tun wir uns alle“

Mütze und Handschuhe zieht Nkosinathi Paul Jikeka auch drinnen nicht aus. Der Südafrikaner hat sich im deutschen Frühling erkältet. „Unser Herbst ist wärmer“, findet der Reisende in Sachen einer Kampagne „Weltklasse-Städte für alle“. Wo im südafrikanischen Winter Fußballer um die Weltmeisterschaft spielen, organisiert Nkosinathi Jikeka Straßenhändler. Wenn es nach ihm geht, sollten die von dem Boom der WM auch profitieren. Doch dafür müssen sie kämpfen. „Die Stadtverwaltungen betrachten die fliegenden Händler als Unrat“, beschwert sich Jikeka, der auf Einladung der „Koordination Südliches Afrika“ nach Deutschland gekommen ist. Ihre Verträge mit der FIFA verbieten den Straßenhandel im Umkreis von 800 Metern um die Stadien. „Innen bekommt ihr Europäer nur das, was ihr kennt“, sagt der Afrikaner verächtlich, „McDonald’s und Coca Cola. Mit der afrikanischen Kultur kommt ihr gar nicht in Berührung. Dabei gehören die fliegenden Händlerinnen, die in den Stadien afrikanisches Essen und Vuvuzelas zum Tröten verkaufen, zum Fußball dazu“.

Sie gehören auch zu Südafrikas Wirtschaft. Bis zu 40 Prozent der Arbeitsfähigen haben keinen Job. Sehr oft sind es Frauen, die Essen an Schulen oder Taxiständen verkaufen. Dort spricht Jikeka, der für die Vereinigung StreetNet arbeitet, sie an. Jikeka berichtet von der Vertreibung von Händlern in Durban und mitten in Kapstadt, wo ein Fan-Park aufgebaut wird. „Sie fühlen sich an den Ausschluss Schwarzer aus den Städten unter der Apartheid erinnert“, sagt der Afrikaner. Das kennt er noch: 1972 in einem Township von Port Elizabeth geboren und aufgewachsen, hat Jikeka die Rassentrennung selbst erlebt. „Ein Aktivist war ich immer: im Schülerrat, bei den Young Christian Workers gegen Apartheid, später in der Jugendliga und dann in der Kommunistischen Partei. Ich habe auch schon Taxifahrer und Fischersleute in die Gewerkschaft gebracht“. Jetzt will er die fliegenden Händler auf nationaler Ebene vereinen. In seiner Freizeit sitzt Jikeka einem Ortsbezirk des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) vor. Sein Lieblingsverein im Fußball sind die Orlando Pirates. Er hat sich extra deren Hemd gekauft. Das hat er

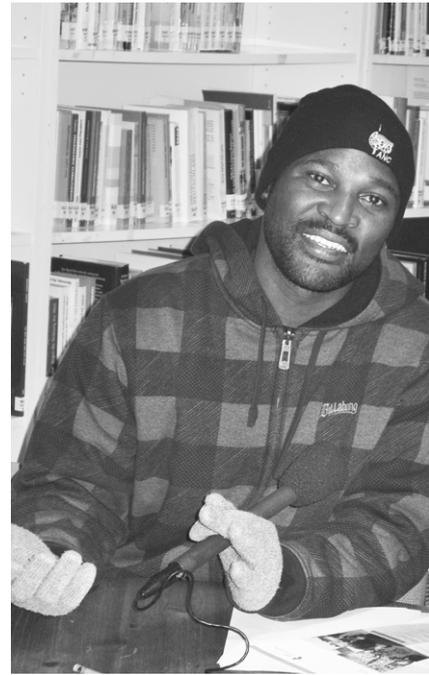


Foto: © Dorothee Memmicken

Nkosinathi Paul Jikeka

an jedem „Fußball-Freitag“ schon wochenlang vor der WM getragen. „Freuen tun wir uns alle“, sagt der Südafrikaner verschmitzt.

Sigrid Thomsen

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.
Gandega Biranté

Streiken ohne Papiere

Neuerdings ist Gandega Biranté auch außerhalb seines Betriebs ein gefragter Mann. Häufig schaut der Mauretanier bei streikenden Sans-papier, „Papierlosen“ herein. So heißen in Frankreich die Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis. Er macht ihnen Mut. In Hamburg berichtete der 25-Jährige vom Kampf der Sans-papier für die Legalisierung ihres Aufenthalts. Biranté malochte fünf Jahre lang als Leiharbeiter für ein Pariser Stadtreinigungsunternehmen. Die Papiere waren geliehen, er zahlte Sozialversicherung und Steuern. Bei Wind und Regen stand er auf dem Müllwagen, schleppte Säcke und schob Container. Höchstens 600 Euro verdiente er im Monat. Das meiste schickte er zur Familie nach Hause, in ein Dorf im Süden Mauretaniens, wo immer weniger Regen fällt und die Menschen von der Feldarbeit nicht mehr leben können. „Jeden Morgen gingen wir zum Treffpunkt. Ein Mitarbeiter der Leiharbeitsfirma bestimmte, wer arbeiten durfte“, erzählt Biranté, der einen anthrazitfarbenen, akkurat gebügelten Anzug trägt. „Es war Sklavenarbeit. Wir hatten keine festen Arbeitszeiten, keine Rechte“. Er

stammt aus einer angesehenen Familie, und obwohl er nie zur Schule ging, ist er eine Autorität. Tausende der bis auf 800.000 geschätzten Papierlosen haben seit April 2008 an ihren Arbeitsplätzen gestreikt. Etwa 3.000 erhielten daraufhin Arbeitsverträge und Aufenthaltspapiere. Auch Biranté, der den Streik anführte, und seine 37 Kollegen besetzten ihren Betrieb und machten ihr Arbeitsverhältnis öffentlich. Paradoxerweise sinkt für die Papierlosen das Risiko, wenn sie ihr Gesicht zeigen. Wegen der breiten gesellschaftlichen Unterstützung ist eine Abschiebung dann kaum noch durchzusetzen. „Wir müssen jetzt streiken, bevor es zu spät ist“, sagt Biranté. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund CGT hat beraten und geholfen, die Anträge zu stellen. Unterstützer brachten Reis und Gemüse für die Streikenden, die Tag und Nacht im Betrieb ausharften. „Wir wussten, dass Gewerkschaft und Unterstützerkomitees hinter uns stehen“, so Biranté. „Ohne sie hätten wir es nicht geschafft“. Nach drei endlosen Wochen konnten sie ihre Arbeitsverträge unterschreiben. Biranté erhielt die ersehnte Aufenthaltserlaubnis.



Foto: © Karim Desmarowitz/agenda

Gandega Biranté

Jetzt arbeitet er für 1.300 Euro, den Mindestlohn. „Geregelte Arbeitszeiten und alle Arbeitnehmerrechte“, sagt er zufrieden.

Michaela Ludwig

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.



Beschämende Bedingungen

Mindeststandards für Hausangestellte stehen im Juni erneut auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Malaysia und Indonesien verhandeln darüber schon mal miteinander.

In Malaysia gibt es etwa 300.000 Hausangestellte; die meisten kommen aus Indonesien. Viele arbeiten bis zu 18 Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche, für Löhne von 400 bis 600 Ringgit (umgerechnet 96 bis 144 Euro). In der Regel müssen sie die ersten sechs bis sieben Monatsgehälter für die Rückzahlung der maßlosen Rekrutierungsgebühren aufwenden. Einige erleiden von ihren Arbeitgebern körperliche oder sexuelle Gewalt. Malaysias wichtigste Arbeitsgesetze schließen Hausangestellte von den Schutzbestimmungen aus, die anderen Arbeitnehmenden garantiert werden. Dazu gehören ein freier Tag in der Woche, die Begrenzung der Arbeitszeit, Lohnfortzahlung bei Krankheit und bezahlter Urlaub. „Malysias regelloses Umgehen mit Hausangestellten ignoriert das enorme Ungleichgewicht in der Verhandlungsposition zwischen einer Frau, die der großen Arbeitslosigkeit in Indonesien zu entkommen versucht, und ihrem malaysischen Arbeitgeber“, sagt Nisha Varia, die bei der Organisation Human Rights Watch über Frauenrechte forscht. „Die schockierend niedrigen Löhne vieler Hausangestellten und andere beschämende Bedingungen schreien nach einem Eingreifen der Regierung.“

Die beiden Länder sind dabei, ein Memorandum über die Migration von Hausangestellten von 2006 zu überarbeiten. Dieses Übereinkommen schützt die Rechte von Wanderarbeiterinnen in Haushalten überhaupt nicht, urteilt Human Rights Watch. Es gestattet den Arbeitgebern, die Pässe ihrer Angestellten zu behalten und enthält keine klaren Standards über Mindestlöhne und Erholungszeiten wie zum Beispiel einen freien Tag in der Woche. Ebenso wenig legt es eindeutige Strafen oder Verfahren zur Durchsetzung fest. Zahlreiche Beschwerden von Hausangestellten über nicht gezahlte Löhne und eine Serie von prominenten Missbrauchsfällen im Jahr 2009 brachten Indonesien dazu, die Ausreise von Hausangestellten nach Malaysia zu suspendieren, bis ein revidiertes Übereinkommen neue Schutzbestimmungen festlegt.

Nach mehreren zweiseitigen Treffen und verpass-ten Terminen haben sich Indonesien und Malaysia jetzt über einige Neuerungen geeinigt. Sie ermöglichen Hausangestellten, ihre Pässe zu behalten



Foto: © Anita Lim/Malaysian Volunteer Fire and Rescue Association/epa/picture alliance

Feuerwehrleute retten 33-jährige Indonesierin auf der Flucht vor ihrem Arbeitgeber in Kuala Lumpur

und einen Tag die Woche frei zu haben. Über Indonesiens Forderung nach einem Mindestlohn von 800 malaysischen Ringgit (192 Euro) aber gibt es bisher keine Einigung. Außerdem sollen Arbeitgeber die Option zur Auszahlung von freien Tagen haben, eine Bestimmung, die leicht ausgenutzt werden kann. Bisher lassen die Verhandlungen darauf schließen, dass Rechte wie die Vereinigungsfreiheit und eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit nicht in das Abkommen aufgenommen werden, berichtet Human Rights Watch. Ein besserer Umgang mit Hausangestellten erfordert auch wirksame Beschwerde- und Durchsetzungsverfahren, zum Beispiel breites Streuen von Informationen über die Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen, stichprobenartige Überprüfungen und harte Strafen bei Verstößen. Derzeit sind Hausangestellte aus anderen Ländern, die in Malaysia ihr Recht durch Strafverfahren suchen, mit ungeheuren Schranken konfrontiert. Dazu gehören zeitintensive Prozesse

und jeden Monat erforderliche besondere Einwanderungspapiere.

„Manche Hausangestellte treffen auf gute Arbeitgeber und gute Arbeitsbedingungen, andere werden misshandelt und ausbeuterischen Bedingungen ausgesetzt“, erklärt Varia. „Die Regierungen von Malaysia und Indonesien müssen entschlossen und umfassend handeln, damit das Schicksal einer Hausangestellten nicht eine Frage des Glücks ist“. Human Rights Watch hat eine Reihe von Hausangestellten aus Indonesien in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur interviewt. Wati S. (nicht ihr richtiger Name), 36 Jahre alt, sagte dabei am 11. Februar 2010: „Um meine Rekrutierungskosten zu bezahlen, wurde mir der Lohn von sechseinhalb Monaten abgezogen. Mein Gehalt beträgt 500 Ringgit (umgerechnet 120 Euro). Von meinen Arbeitgebern bin ich misshandelt worden. Ich musste um fünf Uhr morgens aufstehen und kam erst am nächsten Morgen um zwei oder drei Uhr zum Schlafen. Einen freien Tag hatte ich nie. Erholung gab es nicht. Die Tür war immer abgeschlossen. Ich konnte niemals (allein) ausgehen, das Haus konnte ich nur verlassen, wenn mein Arbeitgeber mit mir hinausgegangen ist.“



Quelle: Human Rights Watch, Indonesia/Malaysia: Proposed Labor Pact Lack Key Reforms, 4.3.2010; gekürzt und übersetzt von Sigrid Thomsen



Weitere Informationen: www.hrw.org; www.domesticworkerrights.org

Asiatinnen für ILO-Konvention

Organisationen von Hausangestellten in Asien haben am 1. Mai 2010 ihre Regierungen gedrängt, eine Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Hausarbeit zu unterstützen. Caramasia, ein regionales Netzwerk von Hausangestelltenvereinigungen und Nichtregierungsorganisationen, rief die Regierungen auf, „die sklavenartige Behandlung von Hausangestellten zu korrigieren“. Sie streben die Anerkennung von Hausarbeit als Arbeit an. Annehmbare Bedingungen für Hausangestellte hinken 124 Jahre hinter der Entwicklung der Welt her, hieß es in ihrem Aufruf mit Bezug auf die Geschichte des 1. Mai. Im Juni sei es Zeit für Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber, ein besonderes rechtliches Instrument zum Schutz von Hausangestellten zu unterstützen. Malaysias Regierung habe noch im vergangenen Jahr bei der Befragung durch die ILO für eine unverbindliche Empfehlung anstelle einer Konvention votiert.



Weitere Informationen: www.caramasia.org; www.ilo.org



Emanzipation in der Kittelschürze

In Peru flüchten zahlreiche junge Frauen vom Land in die Stadt. Viele von ihnen finden eine Anstellung als Hausmädchen. Die Arbeitsbedingungen sind meist miserabel. In der Hauptstadt Lima regt sich jetzt Widerstand: Die Frauen beginnen sich zu organisieren. Anlaufpunkt ist die Casa de Panchita im Herzen der Stadt.

Sofía Mauricio öffnet die Pforte in dem soliden Metallzaun, der den Eingangsbereich der Casa de Panchita umgibt, und lässt drei junge Frauen passieren. Es ist Sonntag, für viele Hausmädchen in Lima der einzige freie Tag. „Dann ist in der Casa richtig Trubel“, freut sich Sofía Mauricio, eine resolute Frau von Anfang vierzig. „Viele Frauen nehmen an unseren Kursen teil, lernen mit dem Computer umzugehen oder Englisch zu sprechen, andere machen sich in der Arbeitsvermittlung schlau, ob es nicht einen neuen Job gibt, wieder andere treffen sich zum Plausch mit den Kolleginnen und entspannen. Sie wissen, dass ihre Kinder gut versorgt sind“, erklärt die ehemalige Hausangestellte. Gemeinsam mit Blanca Figueroa hat sie vor zwölf Jahren die Casa de Panchita gegründet, Perus einzigartiges Zentrum für Dienstmädchen.

„Auf 35 Quadratmetern haben wir angefangen, heute verfügen wir über fünfhundert Quadratmeter und träumen von einem eigenen Haus“, erzählt Blanca Figueroa und fährt sich durch die Haare ihres eisgrauen Bubikopfs. Bis dahin ist es noch ein langer Weg, wie das Spendenbarometer auf der Homepage des Trägervereins zeigt. Allerdings hat das dynamische Duo viel erreicht, denn die Casa de Panchita ist zum zentralen Anlaufpunkt

für empleadas, die peruanischen Dienstmädchen, geworden. Hier engagieren sich Anwälte und Psychologen, um den Hausangestellten bei Konflikten oder sexuellem Missbrauch zu helfen. Immer öfter finden Frauen und Mädchen den Mut, sich gegen ihre Arbeitgeber zu wehren. Ein Erfolg der kontinuierlichen Arbeit des Netzwerks, welches hinter der Casa de Panchita steht und



Sofía Mauricio hat die Casa de Panchita in Lima gegründet.

Mittel für die Arbeitsvermittlung oder die Arbeit mit den Kindern der Dienstmädchen erhält. „Unser Ziel ist es, Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Hausangestellten in Peru zu verbessern“, sagt Sofía Mauricio und lächelt optimistisch. Sie ist selbst das beste Beispiel dafür, was mit ein wenig Bildung und einer stattlichen Portion eisernem Willen möglich ist. Mit gerade sieben Jahren wurde



Kreislauf unterbrechen: Familie in Armenviertel von Lima

die aus der Provinzstadt Cajamarca stammende Sofía von ihrer Mutter als Hausmädchen bei einer Familie untergebracht. „Mein Vater heuerte damals in der Fischindustrie in Chimbote an, meine Mutter war schwanger, also musste ich ran“, erzählt Sofía schulterzuckend.

In Peru, aber auch in den Nachbarländern ist das eine ganz gewöhnliche Biografie. Minderjährige Mädchen werden statt in die Schule in fremde Haushalte geschickt, um das Familieneinkommen aufzustocken und selbst einen Esser weniger am Tisch zu haben. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF schätzt, dass weltweit mehrere Millionen minderjährige Mädchen in fremden Haushalten schuften. In Peru sollen 150.000 der rund 500.000 Hausangestellten minderjährig sein. „Oft kommen die Mädchen vom Land und sind in den Städten den Arbeitgebern quasi ausgeliefert“, erklärt Blanca Figueroa.

Doch auch aus den Armenvierteln rund um die Millionenmetropole Lima kommen die jungen Mädchen in die Haushalte der Mittel- und Oberschicht. Die Teams von der Casa de Panchita versuchen den Kreislauf von Herd und Waschschiüssel zu unterbrechen. „Die Kinder sollen eine Chance bekommen und nicht automatisch in die Fußstapfen ihrer Mütter treten müssen“, erklärt Ricardo Vargas. Der Psychologiestudent arbeitet als Freiwilliger für die Casa de Panchita und ist regelmäßig in Armenvierteln wie Pamplona Alta unterwegs. Dort hilft er Kindern bei den Hausaufgaben, zeigt ihnen Perspektiven auf, lädt sie in die Casa ein. Das trägt Früchte, wie das Beispiel von Flor de María Vargas zeigt: „Ich bin gut in der Schule und will ins Hotelfach. Um die Ausbildung zu finanzieren, würde ich zur Not auch als Dienstmädchen arbeiten“, betont die 15-jährige Tochter einer empleada mit fester Stimme. Allerdings nur zum Übergang.

Knut Henkel

 Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.



Nicht in die Fußstapfen der Mütter treten: Bildung für den Nachwuchs in der Casa de Panchita



Eine Chance zum Mitspielen

Der Volkswagen-Betriebsrat hat zur Fußball-Weltmeisterschaft ein Tippspiel eingerichtet. Daran darf jeder Standort teilnehmen, der mit einem Euro pro Beschäftigtem auch anderen „eine Chance zum Spielen“ gibt.

„A chance to play“, das Projekt des Weltkonzernbetriebsrats zur WM, wurde 2008 begonnen, um benachteiligte Kinder in Südafrika am Fußballboom zu beteiligen. Es ist ein Sonderprogramm der Kampagne „Eine Stunde für die Zukunft“, mit der der Betriebsrat seit mehr als zehn Jahren Kinderprojekte an VW-Standorten im Süden unter-

stützt. Kooperiert wird dabei mit der Kinderhilfsorganisation terre des hommes. In drei Provinzen des Landes, darunter das arme Ostkap, Standort des Volkswagenwerks, wurden Spiel- und Sportplätze gebaut oder erneuert, Bibliotheken für Spiele eingerichtet und Trainingsprogramme für Jugendliche über Aids oder Geschlechterbeziehungen angeboten. Gespielt wird auch: Fußball, Basketball, Rugby; an einigen Orten wurden die neu gebildeten Mannschaften des Projekts sogar in die Bezirksligen aufgenommen. In Johannesburg, wo Spielplätze rar sind, kamen Jugendliche durch den Fußball wieder mit Lehrern in Berührung

und haben den Rückweg von der Straße in die Schule gefunden.

Einige der neun einheimischen Partnerorganisationen haben sich mit Kinderteams auf die Länder vorbereitet, aus denen die WM-Mannschaften kommen, und tragen im Juni und Juli eine „Mini-WM“ aus. Manche von ihnen haben Anfang 2010 mit Spielern des VfL Wolfsburg trainiert, als die Südafrika besuchten. Die terre des hommes-Mitarbeiterin Claudia Berker koordiniert in Johannesburg die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen: „Aktivitäten wie eine Mini-WM bringen etwas vom Fussball-Fieber und der Begeisterung rund um das Ereignis auch auf den Bolzplatz im Township. Die Kinder setzten sich mit den einzelnen Teilnehmerländern auseinander und lernen dadurch etwas über andere Kulturen“.



Weitere Informationen: www.a-chance-to-play.org



Foto: © Mallerbe Peiser/terre des hommes

Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika soll Kindern Chancen auf Bildung und Spielen eröffnen: dafür setzten sich nicht nur Gewerkschaftsmitglieder ein.

1 Goal heißt ein Ziel: Bildung für alle

1Goal – das heißt „ein Tor“, aber auch „ein Ziel“: „Bildung für alle“ ist das Ziel einer Kampagne zur Fußballweltmeisterschaft, die von der Globalen Bildungskampagne getragen und von der FIFA unterstützt wird.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) arbeitet mit einer Reihe von Entwicklungsorganisationen bei der internationalen Kampagne zusammen. Sie will weltweit 30 Millionen Stimmen und Unterschriften für bessere Bildungschancen in Entwicklungsländern zusammen bringen, die am Ende der Fußballweltmeisterschaft (WM) den Staats- und Regierungschefs übergeben werden. Bei einem Bildungsgipfel im Umfeld der WM sollen sich die reichen Länder verpflichten, zu diesem

Ziel finanziell beizutragen. Im Blick sind dabei die mehr als 70 Millionen Kinder im Grundschulalter, die weltweit nicht zur Schule gehen. Die meisten von ihnen leben in Afrika. Entsprechend den Millenniums-Entwicklungszielen sollen sie bis zum Jahr 2015 alle eingeschult sein. Bisher scheitert das bei vielen Familien an zu hohen Schulgebühren oder Kosten für Schuluniformen. Oder daran, dass Kinder zum Unterhalt beitragen müssen.

Internationale Fußballstars wie Jérôme Boateng, Alessandro del Piero und Samuel Eto'o unterstützen diese Kampagne bereits und haben sich auf der Webseite von „1Goal!“ dafür ausgesprochen. Aktionswochen für bessere Bildungschancen in armen Ländern haben Ende April in 120 Ländern

begonnen. Bis zum 31. Juli sind Lehrende und Lernende aufgerufen, das Thema im Unterricht aufzugreifen, Fußballturniere mit prominenten Spielern zu organisieren oder einfach eine Botschaft mit Bildern an die Kampagne zu schicken. Material und Ideen werden auf der Webseite zur Verfügung gestellt. „Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung, daher muss jetzt in Bildung investiert werden“, findet der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Trotz Finanzkrise und Haushaltsdefizit stehe die Bundesregierung in der Pflicht, die Mittel für Grundbildung in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aufzustocken.



Weitere Informationen: www.join1goal.com; www.bildungskampagne.org



Kein Vertrag mit Kolumbien

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Solidaritätsorganisationen und Parteien setzt sich gegen ein Freihandelsabkommen der europäischen Union mit Kolumbien ein. Beim EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid lag es im Mai zur Unterzeichnung vor.

In Berlin haben Ende April Gewerkschaftsmitglieder von IG Metall und ver.di zusammen mit Lateinamerikagruppen und der Hilfsorganisation Oxfam für Menschenrechte in Kolumbien demonstriert. Die IG Bau Agrar Umwelt hat ein ausführliches Positionspapier gegen das Freihandelsabkommen veröffentlicht. Sozialdemokratische Abgeordnete sprechen im Europäischen Parlament dagegen,

die Linke hat eine Anfrage im Bundestag eingebracht. Sie alle argumentieren mit dem politischen Zeichen, das von einem Handelsvertrag ausginge: Damit würde die „repressive Politik der kolumbianischen Regierung legitimiert“, heißt es im Protestaufruf der Berliner Solidaritätsaktion. 500 Gewerkschafter seien während der Amtszeit des Präsidenten Uribe seit 2002 bereits ermordet worden, begründet die IG BAU ihre Ablehnung, mehr als 500 Gewerkschaften sei die Zulassung verweigert worden.

Alberto Gómez, Vorsitzender der kolumbianischen Metallgewerkschaft Tetramecol, erläuterte im Interview mit der IG Metall, dass „die Mehrzahl

der Regierenden in Kolumbien gleichzeitig Unternehmer sind. Das führt dazu, dass sie keinerlei Interesse daran haben, dass Menschen sich organisieren und für würdige Arbeitsbedingungen kämpfen. Diese Unternehmer, die gleichzeitig die Regierung bilden, erlassen dann Gesetze, die eine wirksame Opposition in Form einer starken Gewerkschaft verhindern“. Morde werden meist von paramilitärischen Gruppen verübt; fast immer bleiben sie unaufgeklärt.

Alberto Gómez' Stellvertreterin Nohora Tovar, die mit ihrem Kollegen auf Einladung des DGB Bildungswerks Ende letzten Jahres in Deutschland war, erhofft sich ein „deutliches Signal“ vom Europäischen Parlament, wenn es über den Vertrag zur Abstimmung kommt: „Die Zustimmung der EU (käme) im Grunde einer Bestätigung der anti-gewerkschaftlichen Politik in unserem Land gleich.“



Infos zur E-mail-Aktion der IG Bau Agrar Umwelt:
www.igbau.de (Politik/Themen/Internationales)

Was eine erreichen kann

Seit Hiraben eine Videovorführung der Self Employed Women's Association (SEWA) gesehen hat, lässt sie der Wunsch nach Veränderung nicht mehr los. Eine mittellose Näherin erzählt in dem Film über ihr Leben, das sich durch die Teilnahme an Alphabetisierungskursen grundlegend verändert hat.

Genau wie sie selbst in ihrem Dorf in der Nähe von Ahmedabad in Westindien konnte die Heldin des Videos nicht lesen und schreiben. Eine, die früher hilflos war und Angst hatte, ihr Haus zu verlassen, arbeitet heute gemeinsam mit anderen Näherinnen an der Verbesserung ihrer Produkte und an neuen Verkaufsmöglichkeiten auf den umliegenden Märkten. „Sie hat es geschafft ihre Angst zu überwinden, wie kann ich es auch schaf-

fen?“ fragen im Anschluss an diese Videosequenz viele der versammelten Frauen die Vertreterinnen von SEWA, der Gewerkschaft für selbständig erwerbstätige Frauen.

Dass kleine Filme nachhaltige Eindrücke hinterlassen und persönliche Veränderungsprozesse in Gang setzen, erleben die aktiven Gewerkschaftsvertreterinnen immer wieder. „Video ist ein authentisches, machtvoll und ehrliches Massenkommunikationsmedium. In einem Land wie dem unseren sollte es sich in den Händen der gewöhnlichen Leute befinden“, sagt die Gründerin von SEWA, Ela Bhatt. SEWA setzt es erfolgreich ein, um Frauen wie Hiraben, die als selbständig Beschäftigte unter schwierigen Bedingungen ihr Leben bestreiten, mit Bildungsangeboten zu er-



Foto: © Brigitte Voykovitsch

Erfolgreich organisiert: Frauen im informellen Sektor

reichen. SEWA ist die weltweit größte Gewerkschaft informeller Arbeiterinnen und gilt als eine der erfolgreichsten Organisationen in diesem Sektor. Das DGB Bildungswerk unterstützt ihre Trainings- und Ausbildungsprogramme, Alphabetisierungskurse, einen Newsletter, Radioprogramme und wissenschaftliche Forschung von SEWA's Nationaler Akademie für Selbständig Beschäftigte Frauen. Von dort kommt die Produktion der Videos.

Die Filme greifen auch gesundheitliche Risiken und rechtliche Probleme auf und tragen damit zur Aufklärung der Frauen in vielen verschiedenen Arbeits- und Lebenssituationen bei. Auf diese Weise können nicht nur Frauen in abgelegenen Dörfern und städtischen Randbezirken angesprochen und motiviert werden. Auch Politiker in Delhi oder Washington können auf der Internetseite „www.videosewa.org“ kurze Videos ansehen und auf die Realität und Nöte der Frauen in abgelegenen Dörfern Indiens aufmerksam werden.



Weitere Informationen: www.sewa.org;
www.sewaacademy.org

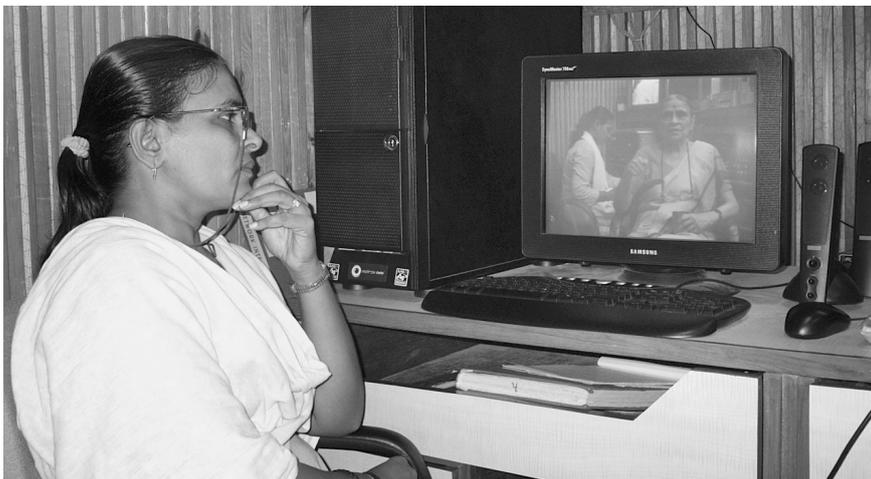


Foto: © Nina Berg

Neues Medium erobert: SEWA-Mitarbeiterin macht die Endredaktion für ein Video.



Nord-Sued-Netz.de

Vom Juni an werden auf der überarbeiteten Internetseite „www.nord-sued-netz.de“ auf verschiedenen Karten die Projektstandorte des Nord-Süd-Netzes vorgestellt. Aktuell wird über Aktivitäten in den Auslandsprojekten in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Uruguay, Südafrika, Indien, Vietnam, Indonesien und der Türkei berichtet und über die entwicklungspolitische Bildungsarbeit informiert. Weiterhin können Bildungsmaterialien heruntergeladen und bestellt werden.

Mahnwachen vertrieben

Auf den Philippinen hat sich die Lage der entlassenen Triumpharbeiterinnen zugespitzt. Mit einer einstweiligen Verfügung vom Amtsgericht wurden mehr als hundert Frauen aufgefordert, das von ihnen besetzte ehemalige Firmengelände zu verlassen; Anfang Mai wurde es von Sicherheitskräften geräumt. Dabei wurden nach Berichten von den Philippinen drei der Frauen verletzt. Die Bekleidungsfirma Triumph hatte im Sommer 2009 seine beiden Produktionsstätten auf den Philippinen geschlossen und alle Arbeiterinnen entlassen. Deren Gewerkschaft beklagte sich über Mangel an Transparenz und Verhandlungsbereitschaft über einen Sozialplan. Mehr als hundert Frauen hielten länger als zehn Monate Mahnwache auf dem Gelände. Sie wollen immer noch Verhandlungen mit der Firma erreichen. Von den philippinischen Behörden erbitten sie Unterstützung für eine Kooperative, mit der sie selbst Einkommen schaffen können.



Foto: © Inkota

Ehemalige Triumpharbeiterinnen vor der Räumung

Die Firma Triumph International fühlt sich nicht mehr verantwortlich für ihre ehemaligen Beschäftigten. Der überwiegende Teil von ihnen habe die vom Unternehmen angebotenen Abfindungen in Anspruch genommen und könne das auch weiterhin tun, darüber könne es keine Verhandlungen mehr geben, heißt es von Unternehmensseite. Das gemietete Anwesen sei im Januar 2010 an die staatseigene Food Terminal Inc. zurückgegeben

worden. Die hat nicht nur die einstweilige Verfügung beantragt, sondern verlangt von den Entlassenen jetzt auch Schadensersatz für entgangene Mieten.

Die Vertriebenen jedoch wollen nicht aufgeben. Ihre Gewerkschaft hatte im Dezember zusammen mit Kolleginnen aus Thailand, wo es ebenfalls umfangreiche Entlassungen gegeben hatte, eine Beschwerde gegen Triumph International bei der Leitstelle der OECD in der Schweiz eingereicht. Sie hoffen auf eine Lösung, wenn der Fall dort wieder aufgerollt wird. Die von den Gewerkschaften vermutete Absicht des Unternehmens, die Produktion nach China und Vietnam zu verlagern, wurde inzwischen vom Unternehmen dementiert. Die Nichtregierungsorganisationen Inkota und Kampagne für Saubere Kleidung rufen jetzt zu Protestschreiben an die philippinischen Behörden auf.



Weitere Informationen: www.inkota.de

Simbabwe will Reform

Die Regierung von Simbabwe akzeptiert die Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Verbesserung der Rechte von Gewerkschaften. Das teilte sie der ILO im April mit. Der Bericht über Simbabwes Umgang mit dem Recht auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Tarifverhandlungen war der ILO im März vorgelegt worden. Zu seinen Empfehlungen gehören rechtliche Reformen, die Beendigung von Verhaftungen, die sich gegen Gewerkschafter richten, sowie von Gewalt, Einschüchterung und Diskriminierung. Die ILO-Kommission empfiehlt eine Stärkung des sozialen Dialogs, Schulungen über kollektives Verhandeln und Menschenrechte und die Wiederherstellung von Rechtssicherheit. ILO-Generalsekretär Juan Somavia versicherte Unterstützung für Regierung, Arbeitgeber und Beschäftigte in Simbabwe bei der Respektierung der grundlegenden Rechte.

Künftig nur gute Arbeit

Eine Konzentration auf menschenwürdige Arbeit in der Entwicklungshilfe gehört zu den Forderungen der Globalen Gewerkschaften, die den Arbeitsministern der G20-Staaten zu ihrer Tagung in Washington Ende April vorgelegt wurden. In Niedriglohnländern sollten Strategien zur Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen auf der Grundlage einer Politik der nachhaltigen Industrialisierung unterstützt werden, heißt es in der Gewerkschaftserklärung. Unter dem Titel „Beating the Job Crisis“ werden Maßnahmen in sechs Po-

litikfeldern gefordert, neben der Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele auch ein ausgewogener Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Die Arbeitsminister betonten in ihrer Abschlusserklärung, Produktivitätsgewinne müssten mit den Arbeitenden in Form einer Steigerung des Lebensstandards geteilt werden. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte: „Nach dieser Krise muss klar sein, dass nur gute Arbeit im Sinne von guter Bezahlung und sozial gerechten Bedingungen Zukunft hat“.

Termine

13.–18.06.2010

Fußballfieber am Kap: Südafrika zwischen Weltmeisterschaft, Wirtschaftskrise und sozialer Spaltung
| DGB Tagungszentrum Sarnberger See

04.–09.07.2010

Iran–Irak–Saudi-Arabien: Wirtschaftliche Interessen, politische Machtkämpfe und soziale Krisen in der islamischen Welt
| DGB Tagungszentrum Sarnberger See

18.–23.07.2010

Zerstörte Lebensräume – Weltweite Migration – Klimakriege: Wie gefährlich ist die Erderwärmung?
| DGB Tagungszentrum Sarnberger See

15.–20.08.2010

Globale Ungleichheit – Hat die Politik vor Hunger, Seuchen und Armut kapituliert?
| DGB Tagungszentrum Sarnberger See

Anmeldung und Informationen:

www.nord-sued-netz.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrith Thomsen
Satz: Achim Konopatcki
Druck: Setzkasten Düsseldorf
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11